Ausgabe Groß-Berlin

Deutsche Allgemeine Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Berlin, 5. Dezember 1930
Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8987–8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 10794. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis: 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stelleng. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
5. 12. m Nr. 567 10 Pfennig

Unsere Meinung

Seltsam und unerfreulich sind die Wege der Parteipolitik. Was sich seit einigen Tagen zwischen Wirtschaftspartei und Reichsregierung abspielt, erfordert eine kurze grundsätzliche Bemerkung. Ist der Reichsjustizminister Dr. Bredt nun eigentlich zurückgetreten oder nicht? Nach einer offiziellen Mitteilung seiner Fraktion soll er selbst in der letzten Fraktionssitzung erklärt haben, er habe bereits von den Beamten seines Ministeriums Abschied genommen. Eine amtliche Mitteilung der Reichsregierung bestreitet das auf das entschiedenste. Die Parteierklärung behauptet, Herr Professor Bredt halte „in vollem Einvernehmen mit der Fraktion" an seinem Rücktritt fest. Das amtliche Kommuniqué der Reichsregierung weiß davon nicht das geringste, sondern berichtet nur von der Bitte des Herrn Prof. Bredt an den Reichskanzler, ihn wegen seiner Krankheit vorläufig weiter zu beurlauben, da er „noch am Mittwoch erneut von Berlin abzureisen gedenke." Donnerstag mittag befand er sich indes frisch und munter im Reichstag. Daß solche Widersprüche weder dem Ansehen einer Partei, noch der Autorität der Reichsregierung förderlich sind, dürfte wohl feststehen. Herr Prof. Bredt aber wird nicht umhin können, nun endlich klare Stellung zu nehmen und sich zu entscheiden, ob er für die Reichsregierung oder für seine Partei optiert. Die Opposition der Wirtschaftspartei, die jetzt sogar in der Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen die Gesamtregierung gipfelt, ist ein Warnungszeichen. Regierung und Oeffentlichkeit haben allen Anlaß, ihren Gründen ernsthaft nachzugehen. Diese Prüfung dürfte wahrscheinlich ergeben, daß das Verhalten der Wirtschaftspartei in sachlicher Beziehung verständlich, in politischer unangebracht und verwerflich ist. Ehe aber diese Dinge ernsthaft gesprochen werden kann, muß die Partei endlich selbst Farbe bekennen. Ihr Verhalten und das Verhalten ihres Ministers erweckt den Eindruck, daß man vor der Oeffentlichkeit den starken Mann markiert, während in vertraulicher Beratung zum Ausdruck gebracht zu werden scheint, die ganze Aufregung sei halb so schlimm gemeint. Es ist ein unerträgliches Spiel, das hier gespielt wird, und die Oeffentlichkeit muß erwarten, daß damit endlich ein Ende gemacht wird.

*

Täglich meldet die Presse aus verschiedensten Teilen des Reichs größere und kleinere Zusammenstöße mit der Polizei, leichte Unruhen in Verfolg von Arbeitskämpfen, Widersetzlichkeit von Demonstranten oder Streikenden gegen die Organe der Staatsgewalt und dergleichen mehr. Es ist frivol und irreführend, wenn diese Nachrichten dem Publikum immer wieder als große „Sensation" vorgesetzt werden. Gewiß handelt es sich um sehr unerfreuliche Zusammenstöße; sie haben aber nur lokale Bedeutung und können den Gang der Arbeit eines großen Volkes ernsthaft nicht oder nur für ganz kurze Zeit beeinträchtigen. Es wäre viel klüger, den sozialpolitischen Ursachen des Spannungszustandes nachzugehen, der ohne Frage im Reiche besteht, und sich klarzumachen, daß eine gewisse Gleichgewichtsstörung innerhalb der schauderhaften ökonomischen Verhältnisse der Gegenwart, unter denen alle Schichten der Nation leiden, durchaus erklärlich ist. Nun gibt es freilich Kreise, die keineswegs gesonnen sind, an der Beseitigung dieser Spannungen ehrlich mitzuwirken, denen nicht das geringste daran liegt, eine Besserung und einen Umschwung mit herbeizuführen, weil sie berufsmäßig im Trüben fischen und die Not eines Volkes zu verbrecherischen und lächerlichen Versuchen ausnutzen wollen, auf das Geheiß ausländischer Mächte eine „revolutionäre Situation" in Deutschland zu schaffen. Alle die Zusammenstöße der letzten Tage sind einwandfrei von kommunistischer Seite provoziert worden. In Chemnitz, in Breslau, in Leipzig, Dresden, Hamburg und Berlin-Neukölln, im Berliner Norden und Osten war alles von den kommunistischen Drahtziehern darauf angelegt, Händel mit der Polizei zu suchen und womöglich durch die Abwehraktion der Staatsgewalt Märtyrer zu schaffen, die man dann als bedauernswerte Objekte einer widerlichen Parteihetze gebrauchen wollte. Wir hoffen, daß diese in Moskau ausgeklügelte Taktik, deren Grundzüge ja allmählich jedem Kinde in Europa geläufig sind, durch energisches und vorbeugendes Verhalten der Polizei vereitelt wird. Das geschieht im Interesse der bedauernswerten Opfer kommunistischer Verführung selbst und im Interesse des Staates, der nicht angetastet werden darf. Die Nationalsozialistische Partei verfährt in ihrer Agitation grundsätzlich anders. Das Telegramm, das Herr Hitler anläßlich der Vorfälle in Jäschkowitz an die zuständigen Parteistellen gesandt hat, gibt, übrigens im Einklang mit den prinzipiellen Ausführungen des nationalsozialistischen Parteiführers in seinen Veröffentlichungen, Aufschluß darüber, daß alle diejenigen Anhänger, die im politischen Kampf illegale Mittel anwenden, rücksichtslos aus der Partei entfernt werden sollen. Man muß erwarten, daß diese Parole der Leitung überall befolgt wird.

*

Der vergangene Mittwoch hat außer der Wiedereröffnung des Reichstages auch zwei wichtige Reden über die Zukunft des Tributproblems gebracht. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat nach seiner Rückkehr aus Amerika in der Bremer Handelskammer gesprochen und dort vor einem geladenen Kreis seine Eindrücke aus den Vereinigten Staaten wiedergegeben. Dr. Schacht ist zu der Schlußfolgerung gekommen, daß die Amerikaner in ihrer überwiegenden Mehrheit den Weg politischer oder militärischer Pressionen auf Deutschland in der Tributfrage verabscheuen und sie als eine rein ökonomische Frage betrachten. Die Dinge liegen nach seiner Auffassung aber keinesfalls so, daß die Welt nur darauf wartet, von Deutschland angestoßen zu werden, um bereitwilligst in eine Neuregelung der Tributfrage einzuwilligen. Selbst bezüglich Amerikas sei es schwierig, die Bevölkerung dazu zu bringen, auf Zahlungen zu verzichten, auf die man gehofft habe. Dr. Schacht folgerte mit Recht, daß nur die eigene Initiative von deutscher Seite uns in der Tributfrage weiterbringen könne. Man wird wohl annehmen dürfen, daß der frühere Reichsbankpräsident Gelegenheit nehmen wird, auch die Regierung darüber zu informieren, was gemäß seinen Eindrücken nach der Sanierung der Reichsfinanzen zweckmäßigerweise geschehen kann, um die Tributfrage wieder ins Rollen zu bringen. Owen Young erklärte es in einer gewissen, kaum zufälligen Uebereinstimmung mit Dr. Schacht vor dem Lotos-Club in New York, in der er im übrigen den Young-Plan als einen „gewissen Fortschritt" verteidigte, für verständlich, daß die Schuldner in Zeiten entwerteter Waren- und Effektenpreise, d. h. in Zeiten gesteigerten Goldwertes, die Revision ihrer Verpflichtungen verlangten. Bezüglich der praktischen Durchführung von Revisionen verhielt sich Owen Young mit der Begründung, er sei Privatmann, sehr vorsichtig; aber er warnte davor, die Kriegsschuldenfrage jemals wieder auf das Gebiet politischer Kontrolle zurückwerfen und das Chaos des letzten Jahrzehnts wiederkehren zu lassen. Darf man daraus schließen, daß die Amerikaner sich einem begründeten deutschen Revisionsgesuch gegenüber freundlich verhalten und bei der BIZ und bei den Gläubiger-Regierungen ihren aktiven Einfluß dahin geltendmachen werden, endlich das bei den Youngplan-Verhandlungen brutal beiseitegeschobene Prinzip der Leistungsfähigkeit in der ihm zukommenden ausschlaggebenden Weise zu berücksichtigen? Diese Frage stellen heißt leider nicht sie bejahen. Im übrigen wäre weder Deutschland noch der Welt mit einer neuen geringfügigen Herabsetzung der Jahreszahlungen gedient. Das Gesamtproblem muß vielmehr in Angriff genommen werden, wobei auf der Hand liegt, daß zu einem Erfolg nicht nur Zeit, sondern auch die sorgfältigste politische Vorbereitung gehört.

Kabinett Tardieu gestürzt

Mit 147 gegen 139 Stimmen — Tardieu verteidigt erfolglos seine Prosperitätspolitik
Briand oder wieder Tardieu als Regierungschef

nw. Paris, 4. 12. (Eigenbericht)

Die Regierung Tardieu ist nach einer Aussprache über die allgemeine Politik der Regierung in der darauf folgenden Abstimmung über die Tagesordnung der Opposition, gegen die Ministerpräsident Tardieu die Vertrauensfrage stellte, mit acht Stimmen in die Minderheit geraten. Von 310 Senatoren, die der Senat zählt, stimmten 147 gegen die Regierung und 139 dafür.

*

Ministerpräsident Tardieu hat sich nach der Abstimmung im Senat in Begleitung seines ganzen Ministeriums nach dem Innenministerium begeben, wo das Rücktrittsschreiben abgefaßt und unterzeichnet wurde. Es ist bereits dem Präsidenten der Republik überreicht worden. Die Verhandlungen des Präsidenten der Republik werden morgen beginnen.

Die Voraussagen lauten äußerst zurückhaltend. Man spricht vorerst vor allem von Poincaré, doch glaubt man, daß dieser aus Gesundheitsrücksichten ablehnen wird.

Für diese Haltung Poincarés dürften aber auch außenpolitische Erwägungen mit in Betracht kommen, da es für Poincaré heute kaum mehr möglich sein würde, Briand als Außenminister beizubehalten. Nach Poincaré wird als der einzige geeignete Mann für die Durchführung einer republikanischen Konzentration, d. h. einer Regierung, in der auch die Radikalen ihre Vertreter hätten, Außenminister Briand, aber auch von einer neuen Regierung Tardieu wird gesprochen.

Das Zusammenschrumpfen der Mehrheit Tardieus am vergangenen Freitag in der Kammer bei der Aussprache über die Oustric-Affäre auf 15 Stimmen bildete bereits ein schlechtes Vorzeichen für die heute angesetzte Aussprache im Senat über die allgemeine Politik der Regierung, die, durch eine Interpellation der Opposition eingeleitet, nur dazu dienen sollte, die Oustric-Affäre aufzurollen. Da es bekannt ist, daß der Senat keine besonderen Sympathien für Tardieu hegt, hielt die Opposition den Boden des Senats für besonders günstig.

Man wußte aber auch, daß bei der Aussprache im Senat vieles, wenn nicht alles davon abhängen werde, wieweit Poincaré sich für die Regierung Tardieu einsetzte. Als nun Gerüchte auftauchten, daß Poincaré wissen ließ, er denke aus Gesundheitsrücksichten nicht daran, die Nachfolgeschaft Tardieus zu übernehmen, ließ das Siegesbewußtsein der Opposition nach, und man hielt bereits die Lage der Regierung Tardieu für gewieweit Poincaré sich für die Regierung Tardieu sondern auch betonte, daß er für Tardieu stimmen werde.

Der Andrang zur heutigen Senatssitzung war nichtsdestoweniger sehr stark. Die Eröffnungssitzung war für 3 Uhr angesetzt, aber um 2.30 Uhr, als der Zutritt zu den Tribünen freigegeben wurde, waren diese im Handumdrehen bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Sicherheitsaufgebot mußte verstärkt werden, um den Andrang zum Senat zu regeln. Tausende von Menschen warteten vor dem Senat und gaben die Hoffnung nicht auf, dennoch Einlaß zu finden.

Die Rede des Interpellanten Senator Héry

von der Radikalen-Gruppe des Senats war an sich ohne besondere Heftigkeit und bewegte sich zum größten Teil auf innerpolitischem Gebiet. Von der versprochenen Prosperität, sagte Héry, sei keine Rede, und in der Oustric-Affäre habe die Regierung erst eingegriffen, als die Bank Adam bereits hätte liquidieren müssen, wodurch sich wieder erweise, daß die Regierung nicht an den Schutz der Sparer denke. Das große Ministerium, das sich dem Lande vorstellte, denke an nichts anderes, als die Wahlen für 1932 vorzubereiten.

Tardieus Rede,

die über zwei Stunden dauerte, suchte zur Abwehr all dieser Vorwürfe hauptsächlich nachzuweisen, was die Regierung bereits alles für das Land geleistet hätte. Zur Oustric-Affäre meinte Tardieu, daß in anderen Ländern, z. B. in England, bei der Affäre Hatry, die den Oustric-Skandal weit übertreffe, niemand daran gedacht habe, Snowden zu interpellieren.

Dieser Teil der Ausführungen Tardieus konnte aber den Senat nicht erwärmen, obwohl Poincaré wiederholt und ostentativ applaudierte. Mehr Eindruck erzielte Tardieu erst mit seinen außenpolitischen Ausführungen.

Die außenpolitische Lage führte Tardieu aus, sei wohl ernst, aber nicht kritisch. Briand und er (Tardieu) seien sich immer einig gewesen. Die Haager Konferenz habe Frankreich 3½ Milliarden für die Amortisationskasse gebracht. Die Zwischenfälle im Rheinland und der Erfolg Hitlers hätten allerdings eine gewisse Enttäuschung gebracht. Die Regierung befände sich vor der Wahl, entweder ihre bisherige Politik fortzusetzen oder aber sie vollkommen umzustellen. Die Regierung sei der Ansicht gewesen, daß eine solche Umstellung ungeeignet wäre.

Frankreich verfolge daher weiter sein Ziel, sich den „Sieg" zu sichern und gleichzeitig dem Frieden zu dienen.

In der Minderheitenfrage und in der Abrüstung habe Briand in Genf eine Haltung eingenommen, die nicht kritisiert werden könne. Sollte es nicht gelingen, Europa in den nächsten zehn Jahren zu organisieren, so würden allerdings die Aussichten für Europa schlecht sein. Was die Revision der Verträge anbetreffe, so schließe er sich der Auffassung Herriots in Grenoble und Poincarés Aeußerungen vor kurzem in der Presse an, daß es nicht möglich sei, zu einer Revision der Grenzen zu schreiten, weil damit eine Methode eingeleitet würde, die überhaupt keine Ende fände.

Dr. Curtius habe auf seine Rede in der Kammer im Reichstag geantwortet. Er, Tardieu, glaube nicht, daß der Austausch von Reden von Tribüne zu Tribüne ein Mittel sei, den Interessen der Völker zu dienen. Bismarck selbst hätte einmal gesagt, wenn Minister redeten, so schlügen sie Fenster ein, die das Volk zu bezahlen habe.

Er erwidere auf die Ausführungen Curtius' nur, daß der deutsche Reichsaußenminister sich auf Forderungen der Völker berufen habe. Jedes Volk aber befände sich in der Lage, andere Ansprüche zu stellen. Man müsse daher im Interesse des Weltfriedens darauf achten, daß dem Wert der Unterschriften der „Verträge" mehr Bedeutung gegeben werde. „Weg mit der Lyrik und den Doktrinen!"

Mit diesen Worten schien Tardieu zu glauben, die Ausführungen des Reichsaußenministers ablun zu können.

Nach Tardieu sprach der

Senator Poret

von der demokratischen Linken, die bereits vor der Sitzung eine entschieden ablehnende Haltung gegen Tardieu eingenommen hatte. Seine Ausführungen verwischten rasch den Eindruck, den Tardieu zum Schluß seiner Rede machen konnte. Poret wies darauf hin, daß es Tardieu nicht gelungen sei, Männer der Linken in sein Kabinett zu bekommen. „Wir haben von Ihnen ein großes politisches Konzept erwartet. Sie betreiben aber die Politik nur als Sport!", ruft er Tardieu zu. „Sie haben uns ein Programm der Prosperität entwickelt, und die Krise, die nun über das Land hereingebrochen ist, ist ärger als jene von 1907. Ihr Plan für die Verbesserung der nationalen Wirtschaftskräfte ist übereilt ausgearbeitet und daher ungenügend.

Als dann Senator de Jouvenel erklärte, daß Tardieu durch seinen Charakter die republikanische Konzentration verhindere, hatte man den Eindruck, daß die Stellung Tardieus nicht mehr zu halten war.

Das polnische Kabinett Slawek vereidigt

Marschall Pilsudski Kriegsminister
Zaleski Außenminister

Warschau, 4. 12.

Der polnische Staatspräsident hat heute den Rücktritt des Kabinetts Pilsudski angenommen und gleichzeitig die Mitglieder der neuen Regierung ernannt. Dem neuen Kabinett gehören an:

Ministerpräsident Slawek;
Minister ohne Portefeuille: Pieracki;
Innenminister Skladkowski;
Außenminister: Zaleski;
Kriegsminister: Marschall Pilsudski;
Justizminister: Michalowski.
Kultus- und Unterrichtsminister: Czerwinski,
Minister für Landwirtschaft: Polczynski,
Verkehrsminister: Kühn,
Minister für Handel und Industrie: Oberst Prystor,
Minister für öffentliche Arbeiten: General Neugebauer,
Minister für Arbeit und öffentliche Wohlfahrt: General Hubicki,
Minister für Post und Telegraph: Ingenieur Börner,
Minister für Agrarreform: Professor Koczowski,
Leiter des Finanzministeriums: Matuszewski.

Deutsche Anfechtung der Warschauer Sejmwahlen

Kattowitz, 4. 12.

Die Deutsche Wahlgemeinschaft hat in allen drei schlesischen Wahlkreisen gegen die Wahlen zum Warschauer Sejm Einspruch erhoben. Die Einsprüche werden mit den Vorfällen vor und während der Wahl begründet. Der „Kattowitzer Zeitung" zufolge dürfte es ausgeschlossen sein, über die Argumente der Wahlgemeinschaft zur Tagesordnung überzugehen.

Polen führt Munition aus

lz. Danzig, 4. 12. (Eigenbericht)

Am 5. Dezember kommt durch die polnische Heeresverwaltung ein größerer Transport von Explosionsmaterial über die Danziger Westerplatte zur Ausfuhr über See. Das Ziel des polnischen Munitionstransportes ist unbekannt.

„Im Westen nichts Neues"

Von der französischen zur deutschen Fassung

Universal Pictures Film im Mozart-Saal

Die deutsche Fassung dieses Kriegsfilms, nach dem Buch von Erich Maria Remarque, ist eine ungeheuerliche Irreführung der öffentlichen Meinung in Deutschland.

*

Wir haben in — wie sich zeigt — berechtigtem Mißtrauen gegen die Geschäftstüchtigkeit der amerikanischen Filmgesellschaft uns die französische Fassung dieses Films vor zwei Tagen in Paris angesehen. In der französischen Fassung ist es ein ausgesprochen deutschfeindlicher Film, der sich von den zwei Dutzend Hetzfilmen, die die amerikanische Industrie seit Kriegsende auf den Markt gebracht hat, nur dadurch unterscheidet, daß die Methoden, mit denen die Deutschen verächtlich gemacht und herabgesetzt werden, sehr viel feiner, raffinierter und gefährlicher geworden sind. Wir werden das im einzelnen nachweisen.

*

In der deutschen Fassung sind alle diesbezüglich anstoßenden Stellen gestrichen, so daß nur ein Film mit pazifistischer Tendenz übrigbleibt, dessen technische Geschicklichkeit ebenso bewunderswert wie seine seelische Roheit abstoßend ist.

Die Vorstellung verlief ohne Störung. Dr. E.

Premieren von gestern

Katajew: „Die Quadratur des Zirkels"
Theater am Schiffbauerdamm

Zeichen und Wunder: Man geht ins Theater und braucht hinterher nicht zu schimpfen, erlebt eine höchst vergnügliche russische Komödie, zu der man durchaus ja sagen kann. Der Titel stimmt nicht ganz; die zwei Akte bringen nicht Quadratur des Zirkels, sondern Ehe im Kreise. Zwei Paare im Sowjetparadies, die frisch verheiratet in einer Bude zusammenhausen müssen, tauschen sich gegenseitig aus, weil sie verkehrt populiert sind. Die Sache ist nicht aufregend, aber sehr amüsant gemacht, wurde sehr lustig von Herrn Lorre und Frau Koerber, Herrn Rühmann und Frau Lania gespielt und fand recht vergnügten Beifall. Nur ein paar Unentwegte pfiffen, weil der heilige kommunistische Stumpfsinn einmal fehlte. F.

*

Molière: „Le Misanthrope"
Gastspiel der Comédie Française in der Komischen Oper

Alexandriner am Bahnhof Friedrichstraße, zwei Stunden schöner Versfall, klassisch schöne Sprachform, Deklamation auch im Stile der Gesten — das ist immerhin ein Ereignis, und man folgt ihm mit großer Bereitwilligkeit. Das Interesse bleibt vielleicht das für eine Rarität. Der fremde Stil will erst mit einigem guten Willen aufgenommen werden. Aber die Tradition ist stark und echt genug, um unsere Freude an der reinen Form zu wecken. Im letzten Akt kommt auch die ursprüngliche Berührung mit großer Dichtung hinzu. — Ein in seiner Zusammensetzung ungewöhnliches Publikum folgte der Aufführung mit der besonderen Einstellung, die sie braucht. Auch der Beifall bezeugte vor allem Dank und galt dem Ganzen mehr als einzelnen schauspielerischen Leistungen. W. G. H.